

Bericht aus dem Sozialbeirat (vom 16.05.2012)

Antrag „Aufnahme von AsylbewerberInnen in Fürth“ (Antrag *DIE LINKE*)

Kurzfristig wurden im Januar 2012 14 Asylbewerber in der Unterkunft, wo auch deutsche Wohnungslose untergebracht werden, untergebracht.

Ich betrachte es als positiv, dass die Flüchtlinge inzwischen -jedenfalls aktuell-, genauso wie Deutsche, als wohnungslose Menschen betrachtet werden. Genau dies trifft den Sachverhalt. Wohnungslos ist wohnungslos und Mensch ist Mensch.

Ich erinnere an die menschenunwürdige Unterbringung in der Containersiedlung in der Fürther Hafenstraße, die inzwischen glücklicherweise abgebaut wurde. Es befand sich dort ein massiver Zaun darum. Es waren extra hygienisch schlechte Zustände. Im Rahmen eines „Praktikums“ (PIKO) war den dortigen Bewohnern „erlaubt“ für 1,04 € am Tag (!) zu arbeiten. Etc.

Weiterhin sollen in einer anderen Unterkunft 45 Asylbewerber untergebracht werden.

Offen bleibt, wie dies in weiterer Zukunft gehandhabt wird (z.B. nach den nächsten Wahlen). Klar ist, daß ein Engagement von uns permanent sein muß, zumindest begleitet und beobachtet werden muß.

Als Voraussetzung für soziale Verbesserungen für die gesamte Bevölkerung halte ich nach wie vor den Umgang mit den auf sozialer Stufe auf der untersten Sprosse Stehenden, den Flüchtlingen. Daher hilft diese Aktivität (Aufnahme von Flüchtlingen in Fürth) allen sozial Schwachen. Im Übrigen wurden wir und ich im Laufe der Zeit von sehr vielen „Hartz IV-lerInnen“ für unser Engagement gegen die Hafenstraße gelobt, da sie sich selbst schon dort wohnen haben sehen. (und ich die Linken ...)

Antrag „Exit-Programm in Fürth und Umgebung und Werbung hierfür und Einstellung von Streetworker“ (Antrag *DIE LINKE*)

Es wurde berichtet, dass präventiv in Schulen sehr viel gegen Rechtsextremismus unternommen werde. Es würde daher das Exit-Programm in Fürth nicht nötig sein.

Weiterhin wurde vorgetragen, dass es in Fürth keine Streetworker gibt.

Hier werden wir selbstverständlich „am Ball“ bleiben. Denn wir erachten es nach wie vor als sehr notwendig, zu versuchen, das Umfeld der Rechtsextremisten auszudünnen. Gerade in Fürth haben leider eine Reihe von Übergriffen von Neonazis gegenüber Antifaschisten stattgefunden. Auch wurde von der Polizei in Fürth eine Demonstration der Neonazis am 18.02.2012 nicht verboten.

Antrag „Beilegen von Vergünstigungen der Behörden für die Bedürftigen“ (Antrag *DIE LINKE*)

Die Wohlfahrtsverbände haben inzwischen ein entsprechendes Informationsblatt mit möglichen Vergünstigungen für Bedürftige, wie z. B. Fürth-Pass, Mobilitätstaler, GEZ-Befreiung, Stromspar-Check, Leistungen für Kinder zur Bildung und Teilhabe, Übernahme der Kinderbetreuungskosten, Befreiung von der Zuzahlung bei der Krankenkasse, Beratungshilfe/Prozesskostenhilfe, Berechtigungsschein für Sozialwohnungen, sonstige Möglichkeiten der Hilfe zur Selbsthilfe, erstellt. Dieses Informationsblatt wird den Hartz IV – Bescheiden etc. beigelegt.

Anfrage zum „Bildungspaket“: (Antrag *DIE LINKE*)

Die Stadt Fürth hat vom Bund hierfür 1. 786.461,12 € erhalten.

Hiervon wurden 660.552,90 € ausgezahlt.

Dies ergibt also Mehreinnahme i.H.v. 1.125.908,22 €.

Was nun genau mit der Differenz von ca. 1,1 Mio. € genau geschehen ist, wurde keine konkrete Auskunft gegeben.

Ich vermute, dass dies, wie in vielen anderen Städten auch, ganz einfach dem normalen Haushalt „eingespeist“ wurde.

In Zukunft müssen nicht abgerufene Gelder übrigens an den Bund zurückgezahlt werden. Damit fällt auch das -der Stadt Fürth nicht unterstellte und auch sicherlich sonst nicht vorliegende – Interesse weg, möglichst wenig aus dem Bildungspaket den Bedürftigen auszuzahlen.

Antrag wegen Sozialwohnungen und Sozialer Wohnungsbau in Fürth (Antrag *DIE GRÜNEN*)

In der Antwort der städtischen Wohnungsbaugesellschaft wurde vorgetragen, dass ca. die Hälfte der Wohnung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft innerhalb des Rahmens liegen, der vom Jobcenter gezahlt wird. Die ca. andere Hälfte der Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft würden 10 % teurer sein. Dies müssten die Betroffenen von ihrem Regelsatz bezahlen.

Auf Antrag würden die 10 % vom Jobcenter übernommen. Es wurde jedoch von einem Sozialverband vorgetragen, dass der Antrag viel zu aufwändig sei und in der Praxis praktisch nicht durchführbar.

Auch vom Seniorenrat wurde die Problematik angesprochen, dass es zu wenig preiswerten Wohnraum in Fürth gebe.

Ganz besonders genervt hat mich die mißverständliche Darstellung des Vertreters der Wohnungsbaugesellschaft, dass bei Neubauten die Kosten hierfür von den Mietern in dem Neubau übernommen werden müssten. Eine solche Darstellung wäre falsch. Denn ein Neubau wird schließlich aus den Überschüssen der Mieten der bereits existierenden Wohnungen gezahlt.

Selbstverständlich werden wir – und hoffentlich auch die anderen Parteien – auch hier weiterhin „am Ball“ bleiben.

Tschüb, Ulrich Schönweiß (Stadtratsmitglied in Fürth für *DIE LINKE*)